

AUSZUG
aus der Niederschrift
der 4. Kreistag-Sitzung
am 09.05.2007 im Ratssaal des Neuen Rathauses der Stadt Göttingen;
Wahlperiode 2006 - 2011

Tagesordnungspunkt 24 : B 0025/2007

**Landkreis Göttingen wendet sich gegen das Atommüllendlager Asse II bei Wolfenbüttel;
hier: Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke. vom 14.02.2007**

Herr Dr. Fascher zeigt sich erfreut, dass sich bei diesem wichtigen Thema Konsens aller im Kreistag vertretenen Fraktionen abzeichne. Der Antrag sei umso wichtiger und notwendiger, zumal erst nach der Einbringung des Antrages bekannt geworden sei, dass entgegen den Angaben der Betreibergesellschaft die Gesamtaktivität des eingelagerten radioaktiven Mülls mehr als doppelt so hoch sei und sich somit die Gefahren und Risiken entsprechend erhöhen würden. Der vorgelegte Sicherheitsbericht entspreche nicht den Anforderungen, sodass das vorgesehene Schließungskonzept neu konzipiert werden müsse, weil es auf falschen Zahlen basiere. Wie bereits im Antrag ausgeführt, bringe das Verfüllungs- und Flutungskonzept ein immens hohes Risiko einer radioaktiven Verseuchung von Luft, Wasser und Boden mit sich. Die Auswirkungen seien aufgrund der extrem langen Gefährlichkeit des Atommülls nicht auf die dortige Region beschränkt, sondern könnten über die Luft- und Grundwasserströmung für breite Gebiete Niedersachsen zu einer schleichenden Gefahr werden. Der Widerstand sei hier umso notwendiger, da bei der Verwirklichung des Konzeptes des Betreibers erstmalig in der Welt ein geschlossenes Atommüllendlager entstehen würde, welches die Rückholung des radioaktiven Inventars unmöglich mache. Die Landesregierung müsse hier aufgefordert werden, Atomrecht anzuwenden, um eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu ermöglichen, die bei der Anwendung des Bergrechtes nicht gegeben sei. Abschließend erklärt Herr Dr. Fascher, dass seine Partei Gegner der Atomenergie sei, weil deren Risiken unkalkulierbar seien, wie man am vorliegenden Beispiel ersehen könne.

Frau Wirth erklärt eingangs die Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag und zeigt sich erfreut, dass dieser heute mit überwältigender Mehrheit verabschiedet werden könne. Sie verweist darauf, dass man beim Atommüllendlager Asse II ein gravierendes unterirdisches Problem habe, da anerkanntermaßen Lecks entstanden seien, die im schlimmsten Fall zu einer Grundwasserbeeinträchtigung verheerendster Art führen könnten, die auch Auswirkungen auf die hiesige Region mit sich bringen würden. Es sei gut, das Thema aufgrund der Beteiligung der obersten Ebene immer mehr ins öffentliche Blickfeld zu rücken. Der vorliegende Antrag sei hierzu ein kleiner Mosaikstein. Wichtig sei für ihre Fraktion, dass eine Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach dem Atomgesetz erfolge, weil es sich um die Schließung eines Atommüllendlagers handle. Frau Wirth betont im Weiteren, dass jetzt die weitere Vorgehensweise bezüglich der Asse II unter Abwägung aller Gefahren und Risiken sehr genau eruiert werden müsse. In keinem Fall dürfe die vorliegende Thematik verharmlost werden, die sicherlich dann auch im Zusammenhang damit stehe, was in Gorleben passieren könne oder müsse.

Herr Dr. Heinze erklärt, das Atommüllendlager Asse II sei eines der größten Desaster, die es beim Thema Atomenergie in hiesiger unmittelbarer Nähe gegeben habe. Deshalb sei es gut und wichtig, eine größtmögliche Mehrheit für den Antrag zu erreichen. Wesentlicher Inhalt der Resolution des Landkreises Wolfenbüttel, die heute ja mitbeschlossen werde, sei es, das angestossene Verfahren atomrechtlich zu begleiten. Dies sei eine der wichtigsten Aufgaben überhaupt, um noch eine Chance zu haben, dieses Atommüllendlager noch irgendwie in den Griff

zu bekommen. In Richtung der CDU trägt Herr Dr. Heinze vor, dass die vorliegende Problematik deutlich mache, dass man die Atomkraft bis heute nicht beherrsche und Konzepte für eine sichere und ungefährliche Endlagerung des Atommülls fehlen würden. Das Vorgenannte zeige, dass der Ausstieg aus der Atomenergie der richtig Weg sei, den man konsequent weiter verfolgen müsse.

Der Kreistag beschließt sodann:

- 1. Im Rahmen seiner Vorsorgepflicht wendet sich der Landkreis Göttingen gegen das Verfüllungs- und Flutungskonzept des Atommüllendlagers Asse II, da mit diesem Konzept das Risiko einer radioaktiven Verseuchung von Luft, Wasser und Boden und damit eine erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigung der Einwohner/innen im Landkreis Göttingen, im Regionalverband Südniedersachsen sowie in der Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen verbunden ist. Gleichzeitig schließt er sich der Resolution (siehe Anlage) an, die der Wolfenbütteler Kreistag in seiner Sitzung am 20. März 2006 zur Schließung der Schachtanlage Asse II in Remlingen verabschiedet hat.**
- 2. Im Rahmen der Kreisgrenzen übergreifenden Zusammenarbeit im Regionalverband Südniedersachsen e.V. sind die Kommunalen Mitglieder des Regionalverbandes vom Beschluss 1. und von der Begründung zu unterrichten.**
- 3. Die in der Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen eingebundenen Partner sind vom Beschluss 1. und von der Begründung zu unterrichten.**

Ergebnis: einstimmig angenommen